

A6 5. Klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Junge Menschen brauchen eine nachhaltige, günstige und verlässliche Mobilität – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Deshalb fordern wir **die konsequente Umsetzung der Mobilitätsgarante, die allen ein ÖPNV-Angebot von 5 bis 24 Uhr bietet: In den Ballungsräumen mit einem 30-Minuten-Takt und in der Hauptverkehrszeit mit einem mindestens 15-Minuten-Takt und einem 60-Minuten-Takt im ländlichen Raum bzw. in den Hauptverkehrszeiten im ländlichen Raum mit einem mindestens 30-Minuten-Takt. Vor allem im ländlichen Raum kann mit einem landkreisübergreifendem On-Demand-Verkehr auch die Mobilitätsgarante erbracht werden, um so auch kleinen Orten oder sehr ländliche Räumen ein gutes ÖPNV-Angebot zu bieten. Dafür müssen Nutzungshürden abgebaut, landesweite Angebote auf einer Plattform gebündelt und die Vernetzung mit der Bus- und Taxibranche verbessert werden. Wir fordern eine schnellere Reaktivierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken. Zusätzlich soll der Busverkehr ab 2035 ausschließlich klimaneutral erbracht werden. Außerdem fordern wir die Einführung eines landesweiten Verkehrsverbunds, der für eine kreisübergreifende Planung verantwortlich ist und ein landesweites Tarifsysteem schafft.**

Des Weiteren fordern wir vergünstigte oder kostenfreie Deutschlandtickets für Ehrenamtliche, Menschen die im Dienste der Öffentlichkeit stehen und junge Menschen. Zudem sollen alle Menschen die einmalige Möglichkeit erhalten, ein Jahresabo des Deutschlandtickets im **Austausch gegen die einjährige Abgabe des Führerscheins** zu erwerben, um den Umstieg auf den ÖPNV zu erleichtern. Der **Mobilitätspass muss um die Arbeitgeber*innenabgabe und die City-Maut** erweitert werden.

Radfahren und der Fußverkehr müssen sicherer werden – mit langfristig verpflichtenden **baulich getrennten Radwegen und Gehwegen. Radschnellwege** sollen weiter gefördert und ausgebaut werden. **Bürger*innenbusse** sollen im ländlichen Raum eine echte Alternative sein und müssen stärker etabliert werden. Maßnahmen und Förderungen, um **Car-Sharing** flächendeckend in jeder Kommune in Baden-Württemberg anzubieten, sollten getroffen werden. Darüber hinaus muss **Car- und Bikesharing auch für Menschen mit Behinderung** zugänglicher werden, beispielsweise durch Autos mit Handgas oder Handbikes.

Kurzstreckenflüge müssen durch **schnelle, günstige Bahnverbindungen** ersetzt und die **Subventionierung der Regionalflughäfen** umgehend beendet werden. Es gilt ein **Straßenbaumoratorium** einzuführen und Straßenneu- und Ausbau nur mit mindestens im gleichen Umfang stattfindender Entsiegelung von Flächen umzusetzen. Das Land soll sich zudem auf Bundesebene für **Tempo 30 innerorts** einsetzen und auf **Landstraßen Tempo 80** umsetzen.

Städte sollen lebenswerter werden: **Bis 2030 sollen mindestens 20 % der Parkflächen begrünt oder umgewidmet** und **Gehwegparken** bestmöglich zurückgedrängt werden. Das Land soll den rechtlichen Rahmen für das **Anwohnendenparken** so anpassen, dass ein angemessener **Mindestpreis** für das Anwohnendenparken festgelegt wird und preisliche **Staffelungsmöglichkeiten** ausgehend von Größe, Gewicht oder Emissionswerten des Fahrzeugs rechtlich ermöglicht werden. **Autofreie Innenstädte** müssen gezielt gefördert werden und Kommunen, die **Superblocks** oder **Null-Emissions-Zonen** einrichten möchten, sollen vom Land dabei finanziell unterstützt werden.